

Rede Hinrich Enderlein: Neujahrsempfang der FDP (17. Januar 2010)

Als ich vor zwanzig Jahren aus Baden-Württemberg in mein Heimatland Brandenburg zurückgekommen bin, hatte ich eine große Hoffnung, dass das dortige Jahresanfangsritual der Liberalen, das Dreikönigstreffen, nun endgültig hinter mir liegen würde. Ich weiß zwar, dass die anderen Parteien uns immer um diesen Termin beneidet haben. Die CSU z. B. hat sich mit ihrer Klausur in Wildbad Kreuth ja inzwischen so nah an Dreikönig herangerobbt, dass beide Termine demnächst wohl gleichzeitig stattfinden werden. Aber wenn Sie zwanzig Jahre lang den immer wieder gleichen bis ins Detail geplanten Ablauf mit den Bestandteilen Parteitag, Ball und liberaler Feldgottesdienst über sich ergehen lassen müssen, kommen Sie sich schließlich wirklich vor wie Niki Lauda mit dem Stoßseufzer am Ende seiner Karriere: Es gibt auch noch was anderes im Leben als immer nur im Kreis rumfahren.

An dieser meiner Einstellung zu einer der geheiligsten liberalen Traditionen im Schwabenland hat sich wohl am deutlichsten gezeigt, dass ich da eben doch nur ein "Neig'schmecker" gewesen bin, bei dem nur strittig blieb, ob er schwäbischer Preuße oder preußischer Schwabe sei. Zwar bin ich dann hier auch auf liberale Dreikönigstreffen gestoßen in Prenzlau, in Märkisch Oderland, in Kleinmachnow und anderswo. Aber das hat doch noch einen jungen, eher unkonventionellen Nachwendecharme und wirkt in der brandenburgischen politischen Szenerie deutlich belebend – auch wenn sich etliche Brandenburger sicher immer wieder fragen werden, welche drei der insgesamt ja nur sieben preußischen Könige hier wohl gemeint sein mögen.

Nein, die nüchternen Brandenburger protzen nicht mit Heiligen aus dem Morgenland – wo das auch immer sein mag – sie begnügen sich mit einem prosaischen Neujahrsempfang – und das nun seit zwanzig Jahren mit wachsendem Erfolg. Seit dem 20. Januar 1991 werden hier grundsätzliche und aktuelle liberale Themen angesprochen und diskutiert. Ich will an einige davon erinnern und weitere benennen, die uns auch künftig beschäftigen werden. Dabei markiert die Freiheit den liberalen Grundwert, an dessen Verwirklichung sich die Gesellschaft und der einzelne orientieren und messen lassen müssen.

Und genau dieser Wert der Freiheit war auch der gemeinsame und entscheidende Inhalt jenes Grundkonsenses, der die damalige Aufbruchstimmung trug, mit der wir alle ans Werk gingen. Für die große Mehrheit war es der Neubeginn einer persönlichen und politischen Dimension des verantwortlichen Gestaltungswillens und Gestaltens – auch vielleicht des Lernens. Andere wie ich, die diesen Prozess unterstützten, dabei helfen wollten, standen fassungslos vor dieser zum Teil radikalen und unverfälschten Rückbesinnung auf demokratische Werte und Verfahren. Manchen alt erfahrenen parlamentarischen Hasen aus dem Westen sträubten sich die Haare, sahen sie doch 40 Jahre bundesrepublikanische politische Praxis auf dem Prüfstand. Und das war auch notwendig.

Als Beleg nenne ich nur eins der ersten Gesetze, das der brandenburgische Landtag 1991 beschlossen hat, das Hochschulgesetz, üblicherweise eine der politisch strittigsten Materien. Das Gesetz, von der Regierung eingebracht, wurde einstimmig beschlossen – bei einer Enthaltung – weil in den Beratungen alle Fraktionen – die

Opposition (PDS und CDU) und die Koalition (SPD, FDP und Bündnis 90) jeweils eigene Anträge in den Entwurf eingebracht und durchgesetzt hatten. Und als damals zuständiger Minister scheue ich mich nicht zu sagen, dass das Gesetz dadurch zum Teil sogar verbessert worden ist. Hätte dieses Beispiel damals Schule gemacht, die parlamentarische Praxis der Bundesrepublik hätte neu konzipiert werden müssen. Und sie wäre näher an die ursprünglichen Ideen der parlamentarischen Demokratie herangerückt worden.

Auch mir war schnell bewusst, dass solche Ereignisse Glücksmomente waren, die ich in 16 Jahren Parlamentsarbeit in Baden-Württemberg nicht kennen gelernt hatte. Die Mehrheit würde künftig leider auf den drei alten deutschen Grundsätzen beharren: Das haben wir schon immer so gemacht; das haben wir noch nie so gemacht; da könnte ja jeder kommen. Dass ein Kompromiss sowohl die Grundlage wie auch die Krönung parlamentarischer Arbeit bildet, ohne den sie überhaupt nicht denkbar ist, wird schlecht geredet, ja geradezu diffamiert. Dabei spielen freilich auch die Medien keine hilfreiche Rolle, die – unübertroffen im Fliegenbeinzählen – nicht die Einigung sehen, sondern immer nur Sieger und Verlierer und wenn es um 0,01 % geht.

In diesen Zusammenhang gehört auch ein Umstand, der mich besonders geschmerzt hat. Mit ursächlich dafür, dass sich der Aufbruch nicht verstetigen konnte, war die schnell um sich greifende und dann überbordende Bürokratie. Schon bei der Halbzeitpressekonferenz der ersten Regierung hatte ich zum Unmut meiner Kollegen darauf hingewiesen, dass wir auf dem besten Wege seien Weltmeister in der Bürokratie zu werden. Die bestehende ausgeprägte DDR-Bürokratie wurde noch überlagert durch alles das, was aus dem Westen darüber gestülpt wurde – vor allem aus Nordrhein-Westfalen. Bürokratie hatte bei uns gewissermaßen einen doppelten Boden. So wichtig und verdienstvoll einige aus dem Westen hier tätig wurden und es noch heute dankenswerter Weise sind, so unsäglich war das, was manche mit einem wahren Missionseifer durchsetzten. Für sie galt häufig das alte Partisanen-Motto: Auftauchen – Zuschlagen – Verschwinden. Und das hat natürlich auch in der Bevölkerung Spuren hinterlassen. Sichtbares Zeichen dafür war ein Graffiti, das der aus Duisburg kommende Historiker Julius Schöps bei einem seiner ersten Spatziergänge durch Potsdam entdeckte. Da stand deutlich und unmissverständlich: Ausländer rein, Rheinländer raus.

Aber ich will auch eine Auseinandersetzung nicht aussparen, die heute freilich zum Teil merkwürdige Wellen schlägt. Natürlich war die persönliche Vergangenheit der allerhöchsten Repräsentanten der neuen Demokratie im alten Regime der DDR ein unverzichtbares, ein notwendiges Thema. Wenn ich Ostdeutschland insgesamt betrachte, wundere ich mich noch heute über die Vielzahl von Parlamentariern und Regierungsmitgliedern aller Parteien, die sang- und klanglos in der Versenkung verschwanden, nachdem sie mit den Ergebnissen entsprechender Recherchen über ihre Vergangenheit konfrontiert worden waren.

Und das macht mich auch nachdenklich im Hinblick auf die heutige Diskussion. Ist es wirklich an der Gesellschaft, die Amnestie, den Schlussstrich, die Versöhnung zu fordern oder zu gewähren? Ich denke, damit würden die Prinzipien – moralische wie rechtliche – in ihr Gegenteil verkehrt. Die Bringschuld liegt nicht bei der Gesellschaft sondern zu aller erst bei denen, die die gesellschaftlichen Normen klammheimlich verletzt und das Prinzip der Solidarität sträflich missbraucht haben.

Nur und erst wenn sie sich der Gesellschaft offenbart haben, kann diese über Sanktionen oder Modalitäten der Tolerierung entscheiden. Nicht die Gesellschaft schafft Unfrieden, indem sie Aufklärung verlangt, sondern diejenigen, die ihre Vergangenheit absichtlich oder unabsichtlich verheimlichen. Die Gesellschaft muss von jedem, der sich für ein öffentliches Amt bewirbt, verlangen können, dass er vorher über seine Kontakte mit dem Regime der DDR nachprüfbar Rechnung ablegt. Erst danach kann sich die Gesellschaft eine Meinung darüber bilden, ob er für ein öffentliches Amt geeignet ist. Und wenn sie das getan hat, kann Normalität oder auch Versöhnung greifen.

Sie erwarten in diesem Zusammenhang von mir zu Recht ein Wort zu Manfred Stolpe. Manfred Stolpe war einer der ersten, der seine Zusammenarbeit mit der Stasi öffentlich gemacht und nichts beschönigt hat. Es ist für mich einer der Tiefpunkte des deutschen Journalismus, dass dieses Bekenntnis zu einer Medienjagd sondergleichen geführt hat. Selbst der Spiegel, der seine Erinnerungen vorab publizieren durfte, hat immer so getan als habe er die causa Stolpe erst entdeckt. Und zu Frau Birthler kann ich nur sagen, dass sie völlig freiwillig ihr Amt zur Verfügung gestellt hat, was mir damals sogar hohen Respekt abgefordert hat. Die angebliche Loyalitätsforderung bestand in dem Hinweis, dass sie den Ministerpräsidenten, in dessen Kabinett sie Mitglied war, nicht öffentlich kritisieren sollte, was im übrigen schon der politische Anstand gebietet. Wenn sie das jetzt versucht anders darzustellen, dann hat sie sich offensichtlich mit ihrem heutigen Amt in einer Art und Weise identifiziert, das eine objektive Beurteilung nicht mehr zulässt.

Im übrigen war Manfred Stolpe ein Ministerpräsident, wie ihn sich jeder Minister, jeder Koalitionspartner nur wünschen kann. Ich kann mich an kein einziges Mal erinnern, bei dem die öffentlich immer wieder strapazierte Richtlinienkompetenz überhaupt eine Rolle gespielt hätte. Chefsache hieß für ihn: Er konnte mit einer Engelsgeduld moderieren und hatte das, was die Schwaben eine "jenseitsmäßige Verhandlungskuddel" nennen würden. Nichts konnte ihn aus der Ruhe bringen, auch nicht Angriffe auf ihn selbst. Es kam zuweilen vor, dass er einen unabgestimmten Antrag im Kabinett einbrachte und abstimmen ließ. Wenn dann bei den Pro-Stimmen nur seine eigene Hand hoch ging, kommentierte er trocken: Das reicht wohl nicht.

Inhaltlich gab es zwei Hauptstreitpunkte zwischen Stolpe und seinen beiden liberalen Ministern. Walter Hirche musste hart gegen den geradezu ideologisch vertretenen Erhalt der industriellen Kerne kämpfen, um statt dessen den Umbau der Wirtschaftsstrukturen in Richtung auf einen neuen Mittelstand durchzusetzen. Mit meiner Wissenschaftspolitik stimmte Stolpe zwar im Grundsatz überein, hatte aber Angst Brandenburg würde sich von den Kapazitäten her übernehmen. In beiden Punkten wurde nach dem Ausscheiden der FDP aus der Koalition in der Alleinregierung der SPD der liberale Aufbaukurs verlassen. Die Aufbruchstimmung wurde einer ängstlichen Bewahrungsmentalität geopfert. Und wenn immer wieder an den ersten Jahren der Entwicklung Brandenburgs Kritik geübt wird, lässt sich vielfach nachweisen, dass damit nicht die erste Legislaturperiode gemeint gewesen sein kann, sondern die Zeit der Alleinregierung der SPD, in der die **Partei** das Sagen hatte und viele eingeleitete Reformen auf der Strecke blieben. Manfred Stolpe hätte sicher lieber mit den Liberalen weiter regiert. Denn er war zwar ein sozialer Demokrat, aber nie ein Sozialdemokrat.

Doch das alles ist Vergangenheit, so mahnt es mich mit Dringlichkeit. Auch zukünftiges Liberales sollte ich ja ansprechen. Allerdings bin ich da deutlich befangen. Denn wir haben mit unserer neuen Fraktion ein so überzeugendes Kompetenzteam, das eigentlich keine Ratschläge oder Vorgaben von einem liberalen Dinosaurier der Zeiten des Freiburger Programms braucht. Aber das ist eine hervorragende Gelegenheit unserem liberalen Septett im Landtag: Hans-Peter Goetz, Raimund Tomczak, Marion Vogdt, Gregor Beyer, Andreas Büttner, Jens Lipsdorf und Linda Teuteberg einen großen Dank für ihre bisherige erfolgreiche Arbeit im Landtag auszusprechen. Jetzt weiß ich auch, was mich jahrelang an der Landtagsberichterstattung gestört hat. Es gab keine Positionen mit denen ich mich voll identifizieren konnte.

Die liberalen Grundwerte könnt Ihr selbst vorwärts und rückwärts buchstabieren. Einige Aspekte will ich Euch trotzdem besonders ans Herz legen. Der eine betrifft die Bedeutung der Region, wobei ich mit Region natürlich Brandenburg-Berlin meine. Wir Brandenburger sollten nie vergessen, dass wir mit Berlin ein hervorragendes Hinterland haben, um das uns viele andere Regionen beneiden. Und dabei spielt es keine entscheidende Rolle, ob wir nun ein Land sind oder zwei. Ich halte zwar die Fusion für den besseren Weg, aber man kann auch ohne Fusion hervorragend kooperieren und die Potentiale in allen Politikbereichen auf einander abstimmen. Brandenburg und Berlin sind zwei Seiten einer Medaille. Gemeinsam können wir es mit allen Regionen Europas aufnehmen.

Ich will die sogenannte Föderalismusreform ansprechen. Wenn vor einiger Zeit föderale Puristen dabei waren, die Bund-Länder-Beziehungen zu *entflechten*, wie es beschönigend heißt, dann befürchte ich das Schlimmste. Diese Mischfinanzierungen, die manche komplett beseitigen wollen, mögen manchmal etwas unbequem sein, weil man nicht allein entscheidet, weil andere Druck machen, weil man Kompromisse finden muss und weil man kofinanzieren muss. Aber das ist *kooperativer Föderalismus* im besten Sinne. Und dieser Interessenausgleich dient vor allem der Bildung und der Kultur. Besonders absurde Entwicklungen entstehen dann, wenn die Bundesmittel einmal mehr auf reine Investitionen beschränkt werden und die kostenintensiven Personalausgaben den Ländern übergeholfen werden, wie es bei dem Ganztagschulprogramm des Bundes jüngst zu bestaunen war. Aber das wollten einige Länder so, weil sie dem Bund eine inhaltliche Mitsprache aus Prinzip verweigern.

Ein anderer Aspekt betrifft die Menschen, die letztlich den Wettbewerb zwischen den Regionen entscheiden. Das ist die sogenannte "Kreative Klasse", die in einigen Regionen bereits bis zu 30 % der Arbeitskräfte ausmacht, mit wachsender Tendenz. Diese *creative Klasse* definiert sich übrigens nicht nach Einkommen oder Ausbildung, sondern danach, wer eine kreative, eigenständige Leistung erbringt. Dazu gehören besonders die Berufsgruppen Informationstechnologie, Medien, Kunst, Bildung, Wissenschaft und Management. Das sind Menschen mit besonderen intellektuellen oder kreativen Fähigkeiten, speziellen Fachkenntnissen, musischen und kommunikativen Begabungen und interkultureller Kompetenz. In der Definition des amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers Richard Florida und seiner Forschungsgruppe sind das die Talente, die gemeinsam mit den beiden anderen T's, der Technologie und der Toleranz künftig den Wettbewerb für eine Region entscheiden: Talent – Technologie – Toleranz.

Dabei gibt es zu der herkömmlichen Betrachtungsweise einen entscheidenden Paradigmenwechsel: Diese Talente, die kreative Klasse gehen nicht dahin, wo die Unternehmen sind. Die Unternehmen kommen zu ihnen. Sie gehen dahin, wo ein kreatives, ein soziales, ein interkulturelles und ein tolerantes Klima besteht. Lebensqualität und Lebensumfeld müssen stimmen.

Mit dem dritten T, der Toleranz, ist dabei bereits ein besonders wichtiger Begriff genannt, der in Brandenburg Tradition hat, die aber teilweise verschütt gegangen ist. Unser gemeinsamer Kampf für ein tolerantes Brandenburg bekommt damit eine zusätzliche Motivation. Aber Toleranz ist mehr als die Auseinandersetzung mit dumpfen, gestrigen NPD- und DVU-Kadern. In den USA gibt es im Rahmen des Kreativitäts-Index einen Toleranz-Index, der die Verschiedenheit der Bevölkerung misst. Gerade Regionen, mit besonders niedrigen Zugangsbarrieren für Fremde oder Andersdenkende, in denen ein Klima der Toleranz herrscht, bieten eine anregende Vielfalt gegenüber neuen Ideen und Ansichten. Und das macht eine Region für kreative Spitzenkräfte besonders attraktiv und ist ein wichtiger Faktor bei Standortentscheidungen.

In der Modellstudie wird auch der sogenannte „Gay-Index“ gemessen – und das in den pruden USA, in denen schon das Wort „liberal“ als politisches Schimpfwort gilt. Florida hat herausgefunden, dass in führenden Technologie-Standorten und boomenden Städten der USA wie San Francisco oder Seattle viele Schwule, aber auch andere Minderheiten leben. Das weist auf ein Klima der Offenheit hin, welches das Erfolgsgeheimnis der Metropolen sei. Und dieses wiederum locke ganz allgemein Querdenker, Kreative und Computer-Freaks an. Und solche Leute brauche eine Region, um im postindustriellen Zeitalter vorn dabei zu sein. Es sei ein allgemein toleranteres soziokulturelles Klima, welches im besonderen kreative Eliten anziehen würde. Ich denke, da hat Brandenburg noch einiges nachzuarbeiten.

Zugegeben, das sind wissenschaftliche Untersuchungen im amerikanischen Umfeld, die aber auch bei uns zumindest als mittelfristige Perspektive zunehmend interessant werden dürften und in nicht allzu ferner Zukunft sicher auch greifen werden, wenn wir uns darauf einstellen. Es gilt also interkulturelle Schwerpunkte zu setzen, Kreativität durch Investitionen zu fördern und dadurch bessere Bedingungen für unternehmerische Initiativen zu schaffen. Das heißt, wir müssen jetzt handeln und die Weichen stellen, wenn wir für die Zeit gerüstet sein wollen, in der auch bei uns der Satz zutrifft: *Vergesst eure Steueranreize und eure Verkehrsverbindungen, wir gehen dahin, wo die kreativen Fachkräfte sind.* Und diese Ansage an die Verantwortlichen einer Region ist eine Aufforderung zum Handeln auch und gerade für uns, die Liberalen.

Schwieriger ist es mit einem anderen Punkt. Und deshalb bin ich froh, dass mir der neue Generalsekretär der Bundespartei einen Teil der Argumentation bereits abgenommen hat. Ich weiß, dass viele Liberale gerade hier in Ostdeutschland, den Liberalismus mit einer sehr starken sozialen Komponente verbinden. Allerdings meinen sie damit nicht eine staatliche Sozialbürokratie, wie sie die SPD etablieren will und auch keinen Herz-Jesu-Sozialismus à la Norbert Blüm. Tatsache ist, dass die Liberalen bei diesem Thema nicht wirklich präsent waren in der letzten Zeit, obwohl ihre Mitglieder zumeist ausgeprägt sozial orientiert sind. Wir haben uns die Schelle der kalten Marktliberalen umhängen lassen, ohne uns richtig zu wehren.

Dabei steht fest, dass der Staat der nicht aktiviert sondern nur alimentiert keine verantwortliche Sozialpolitik betreibt. Es ist eben nicht sozial und human eine große Zahl von Menschen zu Taschengeldempfängern zu degradieren. Wirklich sozial ist es dagegen, alles zu tun, um die Menschen in Arbeit zu bringen. Aus diesem Grunde haben die Liberalen mit dem Bürgergeld ein Konzept, das den einzelnen Menschen ernst nimmt und bei der Problemlösung beteiligt und verantwortlich einbezieht. Es schlägt eine „Brücke zurück in die Selbstverantwortung“ – weg von einem Staat, der sich nur noch als Reparaturbetrieb versteht und glaubt mit Sozialleistungen das heilen zu können, was in anderen Politikfeldern vermurkst und verpfuscht worden ist. Eine verantwortliche Wirtschaftspolitik und eine gute Bildungspolitik sind deshalb präventive Sozialpolitik, um nur zwei zentrale Bereiche zu nennen, die schon immer das besondere Augenmerk der Liberalen gefunden haben.

Auch der Sozialen Marktwirtschaft muss neues Leben eingehaucht werden. Sie darf keine seelenlose Regelsammlung werden. Die Regeln müssen in einem Land, in dem immer mehr vom Staat und immer weniger von sich selbst erwartet wird, jedoch auch mit Werten gefüllt werden. Ohne Werte bleiben Regeln blutleer. Erst dann können wir von dem mitfühlenden Liberalismus sprechen, der gegenüber Schwächeren und Schwächen nicht blind bleiben kann und darf.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, die Landtagsfraktion hat ein klares Ziel, das freilich in der nächsten Legislaturperiode liegt. Wenn Sie einmal die fünf Legislaturperioden in Brandenburg Revue passieren lassen, werden Sie feststellen, dass die SPD als stärkste Partei nacheinander **alle** möglichen Regierungsoptionen durchprobiert hat: Erst die Ampel, dann die Alleinregierung, dann die sogenannte große Koalition mit der CDU und jetzt Rot-Rot. Ich will daraus nicht den Schluss ziehen, dass das nicht gerade für Stabilität und Kontinuität spricht. Sondern für mich heißt das ganz klar: die Liberalen bereiten sich in der Opposition auf die nächste Regierungsbeteiligung vor. Und dabei wünschen wir viel Erfolg.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, darüber dass wir gerade im zwanzigsten Jahr dieses wiederentstandenen, aber schon Jahrhunderte alten Landes Brandenburg politisch wieder dabei sind, habe ich mich wie Bolle gefreut. Bei zwei der verlorenen Wahlen war ich Spitzenkandidat. Und manchmal habe ich gefürchtet, wir schaffen es nicht mehr. Aber Sie, wir alle haben den Karren gemeinsam aus dem Dreck gezogen. Und das geht nicht ohne jemanden, der die Zügel in der Hand hat, und andere nicht nur antreibt, sondern einfühlsam motiviert, auseinander driftendes integriert, klare Führungsvorgaben macht und sich mit unendlicher Geduld dem definierten Ziel Landtageinzug Schritt für Schritt nähert. Heinz Lanfermann wir danken Dir für diese Herkulesarbeit. Sicher haben viele mitgeholfen, aber ohne dich hätten wir es nicht geschafft.